

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. → Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Infante 60 Pf., Reklame 1,30 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Nach dem Kongress

Der vierte deutsche Arbeiterkongress liegt hinter uns. Er war eine machtvolle Kundgebung, die weiteste Beachtung in allen Kreisen gefunden hat. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung bildet einen Faktor im deutschen Volksleben, an dem man nicht vorübergehen kann. Durchglüht war der Kongress von Vaterlandsliebe und von Fürsorge für die Arbeiter. Als oberstes Ziel kam immer wieder zum Durchbruch: Wir müssen den Krieg gewinnen. Diesem Ziel hat sich alles unterzuordnen, vom ersten bis zum letzten. Keine Arbeitsstunde darf ungenutzt bleiben, keine Arbeitskraft darf brachliegen, weil sich das sonst sofort zum Nachteil unserer Feldgrauen an der Front bemerkbar macht. Wir stehen im Entscheidungsstadium des Krieges. Da kommt es auf jeden und auch auf alles an. Wir haben zu wählen, ob wir die Entbehrungen des Krieges noch eine Zeitlang tragen wollen, mögen sie auch noch so schwer sein, oder ob wir uns für die nächsten hundert Jahre in englische Knechtschaft begeben wollen.

Die Wahl kann nicht schwer sein. Das deutsche Volk hat in opferreichen Kämpfen seine politische Einheit errungen, hat in jahrzehntelangem Ringen und Arbeiten sich eine machtvolle wirtschaftliche Stellung in der Welt erkämpft. Von diesem weithin leuchtenden Postament abzutreten, Frontdienste für andere zu leisten, dazu ist das deutsche Volk nicht gewillt. Es wird das Letzte einsehen, um die Vernichtungspläne seiner Feinde zu Boden zu schlagen.

Die Zeit arbeitet für uns. Bislang war dies das Schlagwort unserer Gegner. Sie erhofften von einer immer längeren Ausdehnung des Krieges sowohl unsere militärische, wie auch unsere wirtschaftliche Niederlage. Immer neue Völker trieben sie in den Kampf gegen uns, die Abschneidung von der See wurde immer rigorosier durchgeführt. Das gewollte Ziel haben sie nicht erreicht. Wir können mit Zug und Recht behaupten, daß sich das Blatt gewendet hat, die Zeit arbeitet nur noch für uns, nicht aber für die Gegner.

Wir können und dürfen diesen Schluß aus den neuesten Vorgängen ziehen. Rußland windet sich unter einer neuen Revolution. Die vollständige Auflösung kann nicht mehr lange auf sich warten lassen. Von diesem Reich haben Deutschland und seine Verbündeten kaum noch etwas zu befürchten. Die bisher hört gebundenen Kräfte werden mehr und mehr für andere Fronten frei. Insbesondere haben uns die letzten militärischen Ereignisse in Italien aufs tiefste berührt. Keine militärische Niederlage ist vom deutschen Volk mit derartiger Genugtuung begrüßt worden, wie die italienische. Es ist die verdiente Strafe für den Treubruch. Sie trifft den verächtlichsten aller Feinde an seinem Lebensnerv.

Diese Ereignisse müssen unter dem deutschen Volk eine zuversichtliche Stimmung auslösen. Um so mehr betrüben uns die innerpolitischen Ereignisse, die immer noch nicht eine restlose Klärung gefunden haben. Es muß aufhören, daß unser Volk andauernd durch derartige Krisen erschüttert wird, was eine Beeinträchtigung unserer Kampfkraft im Gefolge haben muß. Davon haben wir übergenug. Wir haben uns tief geschämt über diese Vorgänge angesichts der gewaltigen Siege unserer Kruppen in Italien.

Wir sprechen deshalb die zuversichtliche Erwartung aus, daß nunmehr eine endgültige Klärung gefunden ist, die uns ruhigen, innerpolitischen Verhältnissen entgegenführt. Jeder, dem es Ernst um das Wohl unseres Vaterlandes ist, kann nichts anderes wollen, als wie nur dieses. Diesen Willen hat auch

der vierte deutsche Arbeiterkongress bekundet und an seinem Teil dazu beigetragen, um eine zuversichtliche Stimmung im deutschen Volk wieder aufzurichten. Mögen nun die Reichs- und die preussische Staatsregierung dafür sorgen, daß das Ergebnis des gefundenen Kompromisses mit den Mehrheitsparteien des Reichstages baldmöglichst verwirklicht wird. Eine loyale Durchführung der preussischen Wahlrechtsreform, die Beseitigung der Zensurerwerbungen, die Beseitigung des § 153 der Gewerbeordnung und Einführung von Arbeitskammern ist baldmöglichst zu erwarten, um damit jeder weiteren innerpolitischen Erschütterung vorzubeugen. Die Gegner der preussischen Wahlrechtsreform werden zu der Erkenntnis kommen müssen, daß eine Fortsetzung ihres bisherigen Verhaltens die innerpolitischen Krisen nicht beseitigt, sondern weiter lebendig erhält. Wir sagen daher nochmals, jeder, dem es wirklich Ernst um die Zukunft unseres Vaterlandes ist und der die Zeichen der Stunde zu deuten versteht, muß alles zu tun bereit sein, um im Entscheidungsstadium des Krieges alle Volkskräfte zusammenzuführen, um den Krieg zum siegreichen Ende zu bringen.

Der vierte deutsche Arbeiterkongress hat aber auch in anderen Fragen, die die Durchhaltbarkeit des deutschen Volkes zu stärken geeignet sind, seine Stimme erhoben. Die Lebensmittelfürsorge muß in Bahnen erhalten bleiben, die ihre Sicherstellung bis zur nächstjährigen Ernte garantieren. Die Arbeitgeber, insbesondere die der Großindustrie, sollen den Arbeiterwünschen entgegenkommen zeigen, sie sollen ihnen die Schwere des Krieges erleichtern helfen. Dazu gehört mehr wie nur Lohn. Die Großindustrie sollte endlich zu einer ehrlichen Anerkennung der Arbeiterorganisationen kommen. Draußen auf den Schlachtfeldern kämpfen Deutschlands Söhne gemeinschaftlich für den Bestand und die Größe des Reiches. In der Heimat dagegen will alter Herrengeist immer noch nicht sich dazu bereit finden, mit der legitimen Vertretung der Arbeiter über die Löhne und Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Die Zeichen der Zeit sind so klar und so ernst, daß man eine solche Haltung für fast unbegreiflich halten muß. Nicht allein während des Krieges haben wir den wirtschaftlichen Frieden im Erwerbseben mit allen Kräften zu suchen, auch in der Friedenszeit werden wir danach trachten müssen, ihn zu erhalten. Die wieder einsetzende Weltkonkurrenz wird uns nötigen, alle Konflikte im Wirtschaftsleben hintanzuhalten. Das ist aber nur möglich, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer im gegenseitigen Einvernehmen sich über die Löhne und Arbeitsverhältnisse verständigen.

Dieses Streben neu zu bekennen, für seine Verwirklichung zu arbeiten, war eine Hauptaufgabe des Kongresses. Was nun, fragen wir, hat zu geschehen, nachdem die herrlichen Kongrestage hinter uns liegen. Alle Kräfte unserer Bewegung müssen dafür tätig sein, um die Stimmung des Kongresses in die breiten Arbeitermassen hineinzutragen. Dieses ist geeignet, allem Kleinmut und jeder Verzagttheit entgegenzuarbeiten, um die Erschwerungen des Krieges leichter zu machen. Wir stehen im Entscheidungsstadium des Krieges. Gerade in dieser Zeit muß jeder an seinem Platz dafür eintreten, daß der letzte seine Schuldigkeit für das große, erhabene Ziel tut. In die Zukunft sollen wir blicken, voller Zuversicht und mit dem entschiedenen Willen, sie zu unseren Gunsten zu gestalten. Wenn diese Parole Gemeingut wird, dann hat der vierte deutsche Arbeiterkongress den beabsichtigten Zweck erreicht.

Neuregelung der Familienunterstützung

Im letzten letzten Tagung nahm der Reichstag den Beschluß an, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, das Gesetz betreffend die Unterstützung von Familien usw. von 1898/1914 dahin zu ändern, daß die Unterstützungssätze im § 8 unter a von 20 auf 30 M., unter b von 10 auf 15 M. erhöht werden. Der Reichstag kam zu diesem Beschluß angesichts der unterbrochenen Verteuerung der gesamten Lebenshaltung. Die Reichsleitung bestritt die Schwere der wirtschaftlichen Lage nicht und erklärte sich bereit, eine Erhöhung der Familienunterstützung ab 1. November im allgemeinen eintreten zu lassen.

Die Reichsleitung ist dem nunmehr nachgekommen. Die Erhöhung der Familienunterstützung ist jedoch nicht gleichmäßig erfolgt. Die erlassene Bundesratsverordnung besagt folgendes:

„Die Steuerungsverbände sind verpflichtet, aus ihren Mitteln eine Erhöhung der bis zum 1. Oktober 1917 gezahlten Familienunterstützungen einzutreten zu lassen, die spätestens vom 1. November 1917 aus zu gewähren und deren Betrag je nach den örtlichen Verhältnissen zu bemessen ist. Bis zum Betrage von 5 M. für jeden Unterstügten werden die seit dem 1. November 1917 gewährten Erhöhungen der Unterstützungen vom Reich erstattet, und zwar zur Hälfte allmonatlich, zur Hälfte zusammen mit der Erstattung der gesetzlichen Rückstände.“

Nach dieser Verordnung sind alle Steuerungsverbände gehalten, eine Erhöhung der Familienunterstützung einzutreten zu lassen. Von dieser Erhöhung wird ihnen der Betrag bis zu 5 M. für jeden Unterstügten vom Reich zurückgezahlt. Das Maß der Erhöhung ist jedoch in das Ermessen der Steuerungsverbände gestellt. Sie sollen dieselbe unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse vornehmen. Wir können unsere schweren Bedenken gegenüber dieser Regelung nicht vorenthalten. Es werden sich eine ganze Reihe Unzulänglichkeiten und Schwächen heraus ergeben.

Man kann sich vorstellen, daß eine monatliche Unterstützung von 30 M. für die Frau und 15 M. für das Kind im Reich, allgemein genommen, zu hoch wäre. Selbst in den entlegensten Gebieten wird diese Summe von dem auf Unterstützung angewiesenen Familien dringend benötigt. Es gibt aber auch heute noch eine große Anzahl ländlicher Gemeinden, die irgendeinen Zuschuß zu der staatlichen Unterstützung nicht gewähren. In den Städten wäre es schlechterdings unbedenklich, ohne kommunale Zuschüsse auszukommen. Erst diese Zuschüsse sind geeignet, den erforderlichen Ausgleich des Lebensaufwandes zwischen Stadt und Land herbeizuführen. Je nach den örtlichen Verhältnissen müssen diese Zuschüsse bemessen sein.

Wenn wir uns dieser Regelung eine Reihe von Unzulänglichkeiten befürchten, so kommen wir dazu wegen dem schon oft von interessierten Kreisen unternommenen Versuch, die gegenwärtige Lage minderbemittelter Familien auf dem Lande als besonders günstig hinzustellen. Diesen Familien ginge es gegenwärtig weit besser wie in Friedenszeiten. Sie bekämen mehr bares Geld in die Hände, wovon die Folge sei, daß sie ihre frühere Tätigkeit auf den landwirtschaftlichen Gütern nicht mehr ausüben wollten. Diese Kreise hätten es gern gesehen, wenn die Familienunterstützung so niedrig bemessen worden wäre, daß der stärkste wirtschaftliche Druck auf den Minderbemittelten lasten bliebe, um sie als williges und billiges Arbeitermaterial auch weiterhin auszunutzen zu können. Da nach der jetzigen Bundesratsverordnung die Bemessung der Unterstützung vielfach in den Händen dieser interessierten Kreise liegt, besteht die große Gefahr, daß sie dieselbe absichtlich aus den hier dargelegten Gründen niedrig halten. Es werden vielleicht bis zu 2 M. pro Monat oder selbst unter dem Betrag von

Meine erstattet wird, darüber hinaus jedoch nicht. Das daraus eine Unannehmlichkeit von Verärgerung und Unzufriedenheit entstehen muß, ist erklärlich. Aber auch rein sachlich ist die heutige Verordnung zu beanstanden. Die staatliche Unterstützung der bedürftigen Kriegerfamilien hätte unter allen Umständen auf gleicher Höhe gehalten werden sollen. Die heutigen Lebensverhältnisse schaffen die erforderliche Unterlage, die man für ein Minimum anzuspitzen genötigt ist. Die vom Reichstag genannten Summen waren sicherlich nicht zu hoch. Nach oben müßten die Kommanden, wie wir schon bereits sagten, ausgleichend wirken. Der Reichstag wird sich mit dieser Verordnung kaum begnügen dürfen; es wird alles aufgebieten werden müssen, um jede willkürliche, von selbstthätigen Interessen beeinflusste Festsetzung zu verhindern, die insbesondere zum Nachteil der auf dem Lande wohnenden Kriegerfamilien auszufallen droht. Es wäre daher zweckmäßig gewesen, wenn die Reichsleitung allgemein eine Statistik darüber aufgenommen hätte, inwiefern ländliche Gemeinden ihrerseits einen Zuschuß zu der staatlichen Unterstützung gewähren. Nach unserer Kenntnis ist es nur ein geringer Prozentsatz ländlicher Gemeinden, die Zuschüsse zu der staatlichen Unterstützung leisten. Bei der Verschiedenheit auch in den ländlichen Verhältnissen wären zweifellos weithin Zuschüsse erforderlich. Diesen, die so wenig ihre sozialen Pflichten erkennen und erfüllen, legt man nunmehr auch noch die Entscheidung über die zu erhöhende staatliche Unterstützung in die Hände. Wir unsererseits glauben nicht daran, daß daraus etwas Erfreuliches sich ergeben wird.

Ernährungspolitisches

Unserer öffentlichen Lebensmittelversorgung hängen zweifellos manche Fehler an. Wir sind der Ueberzeugung, daß diese sich niemals ganz beseitigen lassen. Entscheidend bleibt, daß der Bevölkerung ein gewisses Grundquantum unbedingt notwendiger Lebensmittel zu erträglichen Preisen gesichert wird. Dieses Grundquantum durch schärfstes Erfassen zu sichern, es aufs höchste zu steigern und durch sachgemäße Verteilung an den Mann zu bringen, ist und bleibt die höchste Aufgabe unserer Ernährungspolitik im Kriege. Je vollkommener dieses Ziel durchgeföhrt wird, um so weniger werden Schleichhandel und Hamsterei ein Betätigungsfeld finden.

Neuerdings machen sich wieder Bestrebungen geltend, die die volle Aufmerksamkeit der Verbraucher herausfordern. Es ist verständlich und auch dringend erforderlich, daß bereits jetzt schon Maßnahmen zur Sicherung der nächstjährigen Ernte getroffen werden. Die Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Produktion, ihre Steigerung, betrifft gleichermaßen das Interesse der Erzeuger wie der Verbraucher. Mit allen Mitteln ist deshalb dahin zu arbeiten, daß kein Quadratmeter landwirtschaftlichen Bodens unbenutzt bleibt und daß alles aufgeboten wird, um die Ertragsfähigkeit zu steigern.

Ueber die Aufgabe, wie die landwirtschaftliche Produktion gesteigert werden kann, gehen die Wege jedoch auseinander. In großlandwirtschaftlichen Interessentkreisen tritt neuerdings das Bestreben wieder stärker hervor, die landwirtschaftliche Produktion dadurch anzuregen, daß der Landwirt nur einen Teil seiner Produktion zwangsweise abzuliefern genötigt werde, und zwar den, der zur menschlichen Ernährung unbedingt erforderlich sei. Darunter versteht man im allgemeinen die heute gewährten Rationen. Der über diese Rationen hinausgehende Teil solle dagegen dem Landwirt zur freien Verfügung bleiben. Dies besagt mit anderen Worten, er soll diesen Teil zu irgendwelchen anderen Zwecken verwenden oder auch verkaufen dürfen. Wir können nicht umhin, gegen jedes dahinzielende Streben unsere lebhaften Bedenken geltend zu machen.

Der unsere Lebensmittelversorgung in ihrer Entwicklung verfolgt hat, weiß, daß wir genötigt waren, Höchstpreise für den Erzeuger und für den Handel von der ersten bis zur letzten Instanz einzuföhren. Aber auch nur die kleinste Lücke offen, entwickelten sich daraus die unheilvollsten Zustände, die durch neue Verordnungen unendlich gemacht werden mußten. Weicht der Fall, es würde den hier angezeichneten Bestrebungen großlandwirtschaftlicher Interessentkreise Nachachtung gelassen, dann würden wir unzweifelhaft in die schmerzliche Lage geraten. Es würde sich daraus ergeben, daß die der öffentlichen zwangsweisen Verteilung unterliegenden Produkte dem allgemeinen Höchstpreis unterliegen, die darüber hinausgehenden Mengen dagegen nicht. Dieser Teil würde in den freien Handel fließen, wo Kaufkraft und Kapital die Preisbestimmenden wären. Natürlich würde sich dann für diese Mengen ein höherer Preis ergeben, der die der öffentlichen Verteilung unterliegenden Mengen nicht nur für die allgemeine Bevölkerung, sondern auch für die Kriegerfamilien zu hoch sein würde. Das würde für den Staat ein schwerer Verlust sein, da die Kriegerfamilien nicht nur für die allgemeine Bevölkerung, sondern auch für die Kriegerfamilien zu hoch sein würde. Das würde für den Staat ein schwerer Verlust sein, da die Kriegerfamilien nicht nur für die allgemeine Bevölkerung, sondern auch für die Kriegerfamilien zu hoch sein würde.

Mengen seiner Produkte im freien Handel, aber um so weniger zu den niedrigeren Höchstpreisen abzusetzen. Auch die beste Ware würde in den freien Handel fließen, weil dafür ein noch höherer Preis zu erzielen wäre, während die öffentliche Lebensmittelversorgung sich mit den mindertwertigen Produkten begnügen müßte. Der landwirtschaftliche Erzeuger würde aber auch mit dem größten Unmut gegen die Ablieferung seiner Produkte zu den Höchstpreisen und gegen die Zwangsabwirtschaftung erfüllt werden. Das, was wir beim Erzeuger befürchten, würde sich naturgemäß auch auf den Handel übertragen. Ähnlich wie die Erfahrungen mit den Auslandswaren uns gelehrt haben, würden alsdann im Handel weithin nur Waren, die der Zwangsabwirtschaftung nicht unterliegen, angeboten werden. Jeder Händler würde bestrebt sein, möglichst viel Höchstpreisfreie Waren zu besitzen. Wir würden durch eine derartige Regelung in die unglücklichsten Zustände hineintreiben, ohne die Gewissheit zu haben, daß damit eine Steigerung der Produktion erreicht würde. Die Unzufriedenheit innerhalb der landwirtschaftlichen Erzeuger und dem Handel, ebenso aber auch bei den Verbrauchern, würde ins Ungemessene gesteigert. Ein Chaos auf dem Lebensmittelmarkt würde die Folge sein.

Die Interessentkreise, die solches erstreben, erhoffen davon erneuten Anreiz für die Steigerung der Produktion. Wir müssen dieses bezweifeln. Wir haben schon früher darauf hingewiesen, daß bei den heutigen Schwierigkeiten sehr hohe Preise auch die Veranlassung dazu sein könnten, nicht alles vorhandene Land restlos zu bebauen, weil ein Wiederaufbau ja trotzdem ein lohnendes Auskommen sichert. Es konnte bei der bisherigen Regelung auch nicht beobachtet werden, daß namhafte Strecken landwirtschaftlicher Flächen unbenutzt geblieben sind. Und es muß mit Entschiedenheit betont werden, daß unsere landwirtschaftliche Produktion in den heutigen Preisen genügenden Anreiz hat. Die Aufrechterhaltung und Steigerung unserer landwirtschaftlichen Erzeugung ist mehr eine Arbeiter-, eine Düngemittel- und eine Spanntierfrage. Darauf ist das größte Interesse zu konzentrieren und alles aufzubieten, um eine Lösung zu finden.

Der Preussische Landtag befaßt sich zurzeit ebenfalls mit der Sicherung der nächstjährigen Ernte. Bei diesen Erörterungen steht der Gedanke im Vordergrund, daß alles zur Steigerung unseres Kartoffelanbaues aufzubieten sei. Die Kartoffel sei eines unserer wichtigsten Lebensmittel geworden. Unsere Volksernährung erfordere durch die ausgedehnteste Steigerung des Kartoffelanbaues die größtmögliche Sicherheit, zumal die Kartoffel auch als wichtiges Futtermittel in Betracht komme. Wir wollen diese Auffassung nicht bestreiten, obwohl zu betonen ist, daß der Anbau anderer wichtiger Lebensmittel durch einen übermäßigen Kartoffelanbau auch nicht vernachlässigt werden darf. Die Vorschläge im Preussischen Abgeordnetenhaus zur Förderung des Kartoffelanbaues gehen nun dahin, eine Kartoffelanbauprämie einzuföhren, ferner schon jetzt einen Kartoffelmindesthöchstpreis für den Zentner festzusetzen. Die Kartoffeln sollen in ausgiebigem Maße zur Verfügung gestellt, zur Steigerung des Anbaues sollen sie den kleineren und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben unentgeltlich geliefert werden. Graf Spee beantragte, auch den großen Gütern die Saatkartoffeln unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Bei Erörterung dieser Frage ist dringend zu erwägen, ob der heutige Kartoffelpreis nicht bereits allen Anforderungen genügt. Es gibt zahlreiche Landwirte, die den heutigen Kartoffelpreis für viel zu hoch halten. Das ist ohne Zweifel richtig, und deshalb kann man sehr wohl die Meinung vertreten, daß in diesem Preis ein genügender Anreiz für den Kartoffelanbau liegt, und es daher besonderer Prämien nicht bedarf. Auf's entschiedenste müssen wir uns dagegen wehren, daß durch eine neue Prämie eine weitere Verteuerung der Kartoffeln für den Verbraucher eintritt. Wie hoch soll eine derartige Prämie sein? Wenn dann von einem Kartoffelmindesthöchstpreis die Rede ist, so bedeutet das doch, daß man für bestimmte Gegenden oder für bestimmte Qualitäten höhere Preise zu erlangen hofft. Auch das kann zu einer weiteren erheblichen Verteuerung der Kartoffeln führen. Wir haben jetzt bereits einen Unterschied in den Kartoffelhöchstpreisen nach bestimmten Erzeugergebieten. Gewiß hat auch dieser Regelung etwas Schematisches an. In so anormalen Zeiten jedoch, in denen wir stehen, läßt sich eine allen Verhältnissen gerecht werdende Lösung kaum finden. Daß den kleineren und mittleren Landwirten jenes Saatgut, das der Steigerung ihres Kartoffelanbaues dienen soll, unentgeltlich gegeben wird, dagegen werden auch wir nichts ein. Wir würden es sogar als Äquivalent dafür betrachten, daß für im vorigen Jahre einen geradezu abnorm hohen Preis für Saatkartoffeln bezahlten mußten, der leider in die Taschen ihrer eigenen Berufsangehörigen fiel, während für ihre selbstgezeugten Kartoffeln ein Höchstpreis abgesetzt zu werden waren.

Wir haben dieser hier erörterten Frage unser größtes Interesse zuzuwenden, weil daraus Verhältnisse sich entwickeln könnten, die auf unsere Lebenshaltung starken nachteiligen Einfluß ausüben müßten. Aber auch jede Prämie, die das Reich bezahlen muß, kehrt später in Gestalt von Steuererhöhungen wieder. Je höher sich die Lebensmittelverteuerung stellt, um so schwerer wird der Abbau nach dem Kriege, um so höher wird die allgemeine Verschuldung des deutschen Reiches.

In die im ersten Teil unseres Artikels gekennzeichnete Richtung fällt ein Antrag der konservativen Partei des Preussischen Landtages, die zwangsweise Bewirtschaftung der Eier aufzuheben. Der Zentrumsabgeordnete Graf Spee hat dazu beantragt, auch Obst und Gemüse und ähnliche leicht verderbliche Nahrungsmittel der Zwangsabwirtschaftung zu entziehen. Das alles sind Anträge, denen eine klar bewußte Tendenz innewohnt. Wir können daher nur immer wieder das Reichsernährungsamt warnen, sich auf derartige Anträge einzulassen. Die Folge des hier genannten Antrages z. B. wäre, daß Eier nur noch zu abnorm hohen Preisen zu haben wären und daß sie nur in die Hände derjenigen gelangten, die über die größten Mittel verfügen und die die beste Gelegenheit zum Hamstern haben. Genau so würde es auch dem Gemüsemarkt werden. Jede Stadt, jedes große Industriewerk würde versuchen, sich den größten Anteil an Gemüse zu sichern. Die Folge wäre eine wahnsinnige Preissteigerung, ohne jede Garantie einer regelmäßigen Belieferung. Alle diese Wege bergen große Gefahren in sich. Die Kriegserfahrung hat bewiesen, daß wir lediglich mit der öffentlichen Bewirtschaftung, die durchaus keine starre und rein schematische zu sein braucht und auch nicht sein soll, den Bedürfnissen einigermaßen gerecht werden können. Wir können im vierten Kriegsjahr uns nicht den Luxus erlauben, dem Drange interessierter Kreise nachzugeben und unsere heute sich in festen Bahnen bewegende Lebensmittelversorgung der großen Unsicherheit, der wir sie glücklich entzissen haben, aufs neue zu überantworten.

Allgemeines

Das Eisene Kreuz I. Klasse erhielten folgende Kollegen: Gefreiter Paul Gladisch, Mitglied der Zahlstelle Bielefeld, und Peter Röver, Mitglied der Zahlstelle Essen, Maurer. Das Eisene Kreuz II. Klasse erhielten: Philipp Rasche, Mitglied der Zahlstelle Essen, Sektion Krupp; Josef Eider, Mitglied der Zahlstelle Guldach; Bernhard Deppa, Vorsitzender der Zahlstelle Barmen; Obergefreiter Ufert, Mitglied der Zahlstelle Danzig, Maurer; Albert Gayemeier, Beamter der Verwaltungsstelle Augsburg; Paul Wolkeimer und Franz Wolkeimer, Mitglieder der Zahlstelle Sickenbusch; Ludwig Schmidt, Mitglied der Zahlstelle Dortmund, Maurer. Zum Unteroffizier befördert wurde der Kollege Wilh. Ecker, Mitglied der Zahlstelle Hölbel b. Hamm i. W.

Hindenburg und der Deutsche Arbeiterkongress. Der Deutsche Arbeiterkongress richtete an Hindenburg folgendes Telegramm:
An Generalfeldmarschall v. Hindenburg
Großes Hauptquartier.

Die christlich-nationale Arbeiterkraft, beedrängt von einer außerordentlichen Kriegstätigung, gedemütigt mit überwältigendem Dankgefühl der unergleichen Heldentaten unserer Streitkräfte und ihrer genialen Führung, Sie geben dem Deutschen Volke ein leuchtendes Beispiel eiserner Willenskraft und unerschütterlichen Pflichtbewußtseins. Noch vermögen wir nicht die weltgeschichtliche Tragweite dessen völlig zu überschauen, was heute mit Blut und Eisen auf fernem Schlachtfeldern geschafften wird. Unser Bestreben ist unverändert darauf gerichtet, nach unseren Kräften mitzuwirken, daß die Heimatarmee sich der Frontarmee allezeit würdig erweist.

Darauf erfolgte nachstehende Antwort:
Der christlich-nationale Arbeiterkraft herzlichsten Dank für Gruß und treues Gelübnis. Wir werden siegen, wenn auch in der Heimat jedermann seine Pflicht bis zum äußersten tut.
Hindenburg.

Die siebente Kriegsanleihe kann wiederum als eine Volksanleihe angesprochen werden. Das ergibt sich aus den Zeichnungen, die folgende Zusammenfassung aufweisen:

		Südhall	
		der Zeichnungen	des abgekauften Reichs
von	bis	3 233 472	208 038 080
von	300 bis	693 729	294 840 691
von	600 bis	586 623	530 796 198
von	1 100 bis	264 871	461 217 350
von	2 100 bis	233 541	867 867 880
von	5 100 bis	100 781	817 813 400
von	10 100 bis	42 732	697 429 400
von	20 100 bis	33 914	1 188 878 400
von	50 100 bis	12 169	1 023 848 100
von	100 100 bis	9 145	2 023 059 782
von	500 100 bis	1 743	1 129 854 946
	über 1 000 000		3 145 616 933
		5 215 373	12 457 941 200

Die Einzelrechnungen der letzten Kriegsanleihe betragen 6,8 Millionen, gegen 5,2 Millionen der siebenten. Dieser Rückgang läßt trotzdem den Charakter der siebenten Kriegsanleihe als eine Volksanleihe bestehen.

Starker Aufstieg der Gewerkschaften. Die gewerkschaftlichen Organisationen erleben kurze Zeit, so merkwürdig es manchem vorkommen mag, eine Art Hochkonjunktur. Alle Gewerkschaftsrichtungen nehmen daran teil. Am meisten kommen natürlich diejenigen Verbände in Betracht, die die Arbeiterschaft kriegsnotwendiger Industrien umfassen: die Verbände der Metallarbeiter, Bergarbeiter. Der sozialistische Bergarbeiterverband will heute bereits die Mitglieberszeit der Friedenszeit überschritten haben. Erreichterweise sind an dem gewerkschaftlichen Aufstieg auch die christlichen Gewerkschaften in starkem Maße beteiligt. Sowohl der Metallarbeiterverband wie der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter sehen auf Erfolge zurück, wie sie ihnen seit Jahren nicht beschieden waren, und das trotz eines fühlbaren Mangels an agitatorischen Kräften. Hätten solche zur rechten Zeit in der nötigen Anzahl eingesetzt werden können, das Ergebnis wäre ein noch besseres geworden. Diese erfreuliche Entwicklung der Gewerkschaftsorganisationen vermag uns wenigstens in etwas von Befürchtungen zu befreien, die ihren Grund in den großen Machtverschiebungen zwischen Kapital und Arbeit während des Krieges hatten. Es wird dem gewerblichen Frieden am meisten gebient sein, wenn ein Gleichgewichtsverhältnis zwischen diesen beiden Kräften im Wirtschaftsleben vorhanden ist. Andererseits erblicken wir gerade in dem mächtvollen Aufstieg der christlichen Gewerkschaftsverbände eine Bürgschaft für die ruhige Weiterentwicklung der Dinge.

So geht es nicht. Die auch von den Verbrauchern nicht in Worte gestellten Mängel unserer Nahrungsmittelversorgung werden von Groß- und Kleinhändlern mit Vorliebe der Ausschaltung des freien Handels zur Last gelegt, von dessen Wiedereinführung in alle Rechte sie sich und den Konsumenten alles Heil der Welt, d. h. in diesem Falle ausreichende Versorgung zu erträglichen Preisen, verheißten. Die Beweisführung ist allerdings gelegentlich ein wenig liederlich, ja zuweilen wird ganz etwas anderes bewiesen, als man beabsichtigt hat. So erzählt die Deutsche Kolonialwarenzeitung „Nachdemliches“ von einer Landfrau, die über ihre Fahrt zur Reichshauptstadt Tagebuch führte und die Preise für die in Berlin erworbenen Gegenstände nicht nur in Gelbeswert ausdrückte, sondern sie entsprechenden Mengen Getreide, Kartoffeln usw. gegenüberstellte:

	M.	feilher	in Naturalien u. Höchstpr.
2 Stüd Seife	10,—	1,—	1 Str. Roggen (etwas feucht)
1 Fenslerleder	6,—	2,—	3 Rehfelle
1 Anäuel Bindfaden	5,—	0,90	1 Str. Kartoffeln
1 Schere	5,50	—	2 „ Kohlrüben
1 Kasten Briefpapier	9,—	—	1/2 „ Zwiebeln
3 m Hemdenstück	12,—	2,40	1 gute Wirtschaftsapfel
1 m Wummiband	3,—	0,40	1/2 Schod Eier
1 Paar Halbshuhe	32,—	16,—	1 Rauhaut
1/4 Pfd. Lindentee	1,50	0,40	10 Rohhköpfe
4 Dosen Gerlinge			
Inhalt je 2 Stüd.	10,—	1,40	1 Str. Roggen (etwas feucht)

und setzt hinzu: „Wären solche Preise im freien Handel wohl höher? — Man darf wohl daran zweifeln,“ ohne zu bemerken, daß es ausschließlich Preise sind, die das Produkt aus schließlich im freien Handel sind, die die irrtümlich als Preizzeugin angerufene Landfrau den Höchstpreisen gegenüberstellt.

Der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter hat soeben einen Bericht über die Entwicklung und Tätigkeit des Verbandes in den ersten drei Kriegsjahren herausgegeben. Wie alle anderen wirtschaftlichen Organisationen, so hat der Krieg auch diesen Verband nicht nur in der Aufwärtsbewegung gehemmt, sondern ihm auch einen Rückgang in der Mitgliederzahl gebracht. Von 7410 Mitgliedern im ersten Vierteljahr 1913 ist die Mitgliederzahl auf 2245 im vierten Quartal 1915 gesunken. Nur da an befindet sich der Verband wieder in erfreulicher Aufwärtsentwicklung. Am Schluß des Jahres 1916 betrug die Mitgliederzahl wieder 2923, die inzwischen auf über 3000 gestiegen ist. Die Zahl der Mitglieder ist von 130 im Jahre 1913 auf 104 im Jahre 1916 zurückgegangen. Rund 2400 Mitglieder befinden sich im Heeresdienst. Die Mitgliederbewegung beeinflusst auch die Kassengebarung. Die Gesamteinnahme betrug 1913 125 252,43 M., 1914 73 083,65 M., 1915 39 945,69 M. und 1916 46 061,77 M. Die Gesamtausgaben sind von 121 512,76 M. im Jahre 1913 auf 80 995,90 M. 1914, 41 499,55 M. 1915 und auf 45 344,38 M. 1916 gesunken. Der Kassenbestand ist von 31 519,86 M. 1913 auf 15 869,87 M. 1914, 13 753,43 M. 1915 und auf 14 873,23 M. im Jahre 1916 zurückgegangen. Die Tätigkeit des Verbandes war besonders darauf gerichtet, in der ersten Kriegszeit Verschlechterungen in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen hintanzuhalten. Eine weitere Aufgabe des Verbandes bestand in der Eindämmung der Arbeitslosigkeit. Den Mitgliedern, die längere Zeit arbeitslos waren, ist eine Notstandsunterstützung gezahlt worden. Als der Geschäftsgang sich wieder gehoben hatte, galt es besonders durch Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse die Lage der Tabakarbeiterchaft besser zu gestalten. Auch auf diesem Gebiete hat der Verband erfolgreich gearbeitet.

Ein betrübliches Rechenexempel! Die Festlegung der exorbitanten „Höchst-Preise“ für Wienhonig fordert zu einer Vergleichung der Preise für dieses sogenannte „Naturprodukt“ einerseits und für den (leider fast gar nicht erhältlichen) Kunsthonig geradezu heraus.

Am Sonntag, den 18. November, ist der 38. Wochenbeitrag fällig.

Es sind recht lehrreiche Zahlen, die sich bei einer nach Lage der Sache freilich nur recht approximativen Berechnung der wirtschaftlichen Schädigung der Verbraucher ergeben! Allein in der Provinz Brandenburg sind den Intnern rund 12 000 Zentner Zucker zugewiesen. Wieviel davon einfach in den Kochtopf gewandert ist, weiß jeder für Haushaltungszwecke knapp war, sei dahingestellt. Welche Menge Honig infolge dieser Zuweisung mehr gewonnen ist, wird genau niemals festzustellen sein! Nehmen wir an, dieses Plus betrage 5000 Zentner. Hierfür muß der Konsum im Durchschnitt nach den jetzigen Höchstpreisen, wenn eine gleiche Zuweisung von Zucker an die Intner der Provinz Brandenburg erfolgt, rund 300x5000=1 500 000 M. bezahlen. Werden 12 000 Zentner Zucker zu Kunsthonig verarbeitet, so ergibt das rund 15 000 Zentner eines guten Vrotausstrichs und Speisezusatzes. Wenn der Preis des Kunsthonigs mit 50 Pf. für das Pfund festgesetzt wird, so hat der Verbrauch für die dreifache Menge „Honig“ nur 750 000 M. zu entrichten. Für 15 000 Zentner Intnerhonig müßten dagegen im Einzelhandel rund 4 500 000 M. an den Intner und Honigbändler gezahlt werden, also rund das Sechsfache! Wendet man dieses instruktive Exempel auf Deutschlands Gesamtgebiet an, so ergeben sich wahrhaft erschreckende Summen, um welche die Gesamtheit der Konsumenten geschädigt wird.

Wirtschaftliche Bewegung

Wendorf a. Rh., den 1. November 1917. Die Bauarbeiter, die auf dem Werk Dr. Otto beschäftigt sind, haben sich im Laufe des Herbstes wieder der Organisation angeschlossen. In die Mauer zahlte das Werk nur 70 Pf. pro Stunde, während der Tariflohn 81 Pf. beträgt. Am 29. August wurde dann der Werkleitung durch den Bezirksleiter eine Forderung unterbreitet auf Zahlung des Tariflohnes von 81 Pf. für Mauer und 71 Pf. für Bauhilfsarbeiter, sowie auf Zahlung der Zuschläge für Überstunden von 25 Prozent, für Sonntagsarbeit von 100 Prozent und für heiße und schmutzige Arbeiten von 50—100 Prozent. Auf die eingereichte Forderung äußerte sich die Werkleitung nicht. Der Bezirksleiter, Kollege Lange, der versuchte, mit der Direktion zu unterhandeln, wurde nicht empfangen. Es wurde ihm bedeutet, daß man grundsätzlich mit den Gewerkschaftsvertretern nicht verhandelt. Die Arbeiter möchten dazu den Arbeiterausschuß beauftragen. Dieser Herr im-Hause-Standpunkt, der früher auch bei den Bauunternehmern vorhanden war, aber mit der Zeit beseitigt werden konnte, wird auch von den Industrielassen mit der Zeit aufgegeben werden müssen. Die Entwicklung und die Eustaltung der Arbeiterorganisationen (orgen schon dafür.) Unsere Kollegen beauftragten dann den Arbeiterausschuß, die von der Organisation gestellte Forderung der Werkleitung gegenüber zu vertreten. Dem Arbeiterausschuß gegenüber hat sich dann die Werkleitung bereit erklärt, eines Zulage von 10 Prozent zu gewähren. Hiermit besaßen sich die Kollegen in einer besonderen Versammlung. Es wurde beschlossen, sich vorläufig damit zufrieden zu geben und zu gegebener Zeit mit einem erneuten Antrage an die Firma heranzutreten.

Der Gutenbergbund in der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker

Vom 22. bis zum 25. Oktober trat der Tarifauschuß der deutschen Buchdrucker zu einer Sitzung zum ersten Male seit 1913 zusammen. Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung waren: Die Erhöhung der Feuerungszulage und die damit in Verbindung stehende Erhöhung der Druckpreise und die Zulassung des Gutenbergbundes als gleichberechtigten Faktor innerhalb der Tarifgemeinschaft. Die letztere Frage hat den Tarifauschuß bei jeder Sitzung früher beschäftigt und hat bekanntlich sehr viel Staub aufgewirbelt. Jedesmal hat man den Antrag des Gutenbergbundes abgelehnt, weil der Verband der deutschen Buchdrucker alles vom organisations-egoistischen Standpunkte aus beurteilte und die Prinzipale nicht die Macht und auch nicht den Willen hatten, dem Gutenbergbund zu seinem Rechte zu verhelfen. Der dreijährige Weltkrieg, der auf so vielen Gebieten Neuerungen gebracht hat, hat auch im Buchdruckgewerbe Umgestaltungen zur Folge gehabt, so daß man manche Bestimmungen des Tarifs außer Kraft setzen oder ergänzen und erweitern mußte. An der Frage der Zulassung des Gutenbergbundes konnte man im Zeichen der Neuorientierung und des Bürgerfriedens nicht stillschweigend vorübergehen. Der Gutenbergbund hatte rechtzeitig zu der Sitzung einen entsprechenden Antrag gestellt. Nach der Begründung bzw. nach einer Auseinandersetzung mit dem Vertreter des Gutenbergbundes, Kollegen Treffert, hat der Tarifauschuß dem Antrage des Gutenbergbundes endlich stattgegeben und ihn mit sich und Stimme in den Tarifauschuß und in das Tarifarum aufgenommen und dem Redakteur des „Typograph“ das Recht gewährt, mit beratender Stimme an den Sitzungen teilzunehmen. Der Gutenbergbund hat sich dieses Erfolges freuen. Immer wurde es nur als eine Kriegsmäßigkeit betrachtet, und es soll erst bei der nächsten Tarifrevision endgültig Befestigung gefunden werden. Aber es glaubt wohl niemand innerhalb der Tarifgemeinschaft daran, daß man den einmal aufgenommenen Gutenbergbund wieder entlassen kann. Es

würde der alte Streit wiederaufleben, und die gesamte christlich-nationale Arbeiterbewegung würde ebenso geschlossen hinter den Forderungen des Gutenbergbundes stehen, wie das bisher der Fall war. Auch uns befreit das Entgegenkommen, das man dem Gutenbergbund gezeigt hat, weil es im Interesse des Tarifgebaltens und auch des Buchdruckgewerbes liegt. Die Lohnfrage machte größere Schwierigkeiten, aber nach längeren getrennten Verhandlungen und gemeinsamen Auseinandersetzungen ist es gelungen, eine Einigung zu erzielen. Es erhalten zu dem bisherigen Lohn inklusive Feuerungszulage die Gehilfen in Orten bis zu 10 Proz. Vorkaufzuschlag; Verheiratete 7,50 M., Ledige 6 M., in Orten über 10 bis 15 Proz. Vorkaufzuschlag 8,50 M. bzw. 7 M. und in Orten über 15 Proz. Vorkaufzuschlag 9,50 M. bzw. 8 M. Die Ueberstundenentschädigung soll in Zukunft außerdem 75 Proz. der tariflichen Ueberstundenentschädigung betragen. Die Zulagen treten am 26. November d. J. in Kraft. Die Folge der Lohnerhöhung ist eine Erhöhung der Druckpreise um 100 Proz. des Normal-Druckpreisarifs, d. h. um ungefähr 33 Proz. der jetzigen Preise. Die Arbeiterpresse wird diese Erhöhung wesentlich verspüren. In bezug auf die Frauenarbeit haben die Gehilfen die Not der Zeit erlennd, Entgegenkommen gezeigt. Die Lehrzeit für Frauen wurde von 19 Wochen auf 26 Wochen ausgedehnt und die Entlohnung während der Lehrzeit um etwa 5 M. herabgesetzt. Der Tarif ist damit um ein Jahr verlängert, läuft also bereits seit 1912. In eingehender Aussprache hat man sich über die Vorkommnisse seit 1913 ausgesprochen und in vielen Fällen eine Klärung erzielt. Wie der „Typograph“ berichtet, haben auch die Vertreter des Gutenbergbundes bei der Gestaltung der Lohn- und anderer Fragen zum erstenmal erheblich mitgewirkt und sich an der Abstimmung beteiligt. Hoffen wir, daß das angebahnte bessere Verhältnis bestehen bleibt. Die Gemeinheitsarbeit, die in fast allen anderen Gewerben jetzt möglich ist, wird auch im Buchdruckgewerbe nicht unmöglich sein.

Rundgebung des Deutschen Wohnungsausschusses

Eine eindrucksvolle Rundgebung zur Herbeiführung beschleunigter Maßnahmen auf dem Gebiete der Wohnungsreform veranstaltete der Deutsche Wohnungsausschuß am 30. Oktober d. J. in den Rheingoldfälen in Berlin. Es beteiligten sich an ihr in großer Zahl nicht nur die Vertreter der eigentlichen Wohnungsreformrundgebung, sondern es war weit darüber hinaus eine Rundgebung der großen, an der Abstellung und Vorbeugung der Uebelstände interessierten Volkstreife überhaupt, die durch zahlreiche Abgeordnete der einschlägigen großen Organisationen vertreten waren. Die an der Frage beteiligten Behörden, wie Reichswirtschaftsamt, Reichsjustizamt, Reichsmarineamt, die preussischen Ministerien für öffentliche Arbeiten, für Handel und Gewerbe, das Innere, für Landwirtschaft usw., die Landesversicherungsanstalten, Gemeinden und sonstige Kommunalverbände hatten ebenfalls Vertreter entsandt. Auch der Reichstag und die beiden Häuser des preussischen Landtages waren durch eine Anzahl ihrer Mitglieder vertreten. Die zur Verhinderung des an vielen Orten drohenden Wohnungsnotstandes in erster Linie dringend erforderlichen Maßnahmen behandelte Prof. Dr. C. J. Fuchs-Tübingen in längerem Vortrage, dem folgende Leitsätze zugrunde lagen:

„Die am 30. Oktober 1917 in Berlin im „Rheingold“ auf Einladung des Deutschen Wohnungsausschusses tagende Vertreterversammlung zahlreicher großer Organisationen und sonstiger Wohnungsreformkreise erklärt: I. Eine durchgreifende Wohnungs- und Siedlungsreform ist ein unabwendbares Lebensbedürfnis unseres Volkes, namentlich auch gegenüber der drohenden Gefahr einer Wohnungsnot nach dem Kriege und gegenüber den berechtigten Ansprüchen unserer aus dem Felde heimkehrenden Truppen. Die Zuangriffnahme dieses Wertes kann nicht ohne den größten Schaden noch länger aufgeschoben werden. II. Als nächste wichtige Schritte der Wohnungsreform sind insbesondere zu fordern:

1. Zur Lösung der Bodenfrage: Gesetzliche Maßnahmen zur Beschaffung von Land aus privater Hand durch Ausgestaltung des Enteignungsrechtes, Vorkaufsrechtes usw., billige Vergabe fiskalischen, kommunalen und sonstigen öffentlichen Landes sowie Gründung großer gemeinnütziger Boden- und Siedlungsvereine mit weitgehender öffentlicher Hilfe.
 2. Zur Lösung der Kapitalfrage: Gewährung großer Darlehen und Bürgschaften für den Wohnungsbau durch Reich, Staat und Gemeinden sowie organische Eröffnung neuer und Verbesserung bestehender Geldquellen für die Zwecke des Wohnungswezens.
 3. Verbesserung der Verwaltungsorganisation für das Wohnungswesen durch Errichtung einer Zentralkasse für die gesamte Wohnungsfürsorge im Reichsamt des Innern, Bestimmung eines im Wohnungswesen führenden Ministeriums in Preußen und Durchführung einheitlicher Maßregeln in wirtschaftlich zusammenhängenden Gebieten.
 4. Das baldige Zustandekommen der preussischen Wohnungsgesetzgebung.
- Nach einmütigen Zustimmungserklärungen von Reichs- und Landtagsabgeordneten der verschiedensten politischen Richtungen und einer größeren Anzahl von Vertretern der Verbände, insbesondere der Arbeiter- und Angestelltenverbände, wurden die vorgelegten Leitsätze einstimmig zum Beschluß der Versammlung erhoben. Möchten nun endlich von den zuständigen Stellen durchgreifende Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele erfolgen, die von dem einmütigen Willen aller getragen werden, denen der Wiederaufbau der deutschen Volksgesundheit und der deutschen Volkstraft am Herzen liegt.

